



DUH-Hintergrund

Die Arktis schützen, nicht ausbeuten!

Seit das arktische Meereis in ungeahnter Geschwindigkeit schrumpft, gerät der einzigartige Norden der Erde mit seiner faszinierenden Natur immer stärker ins Blickfeld. Leider auch in das derjenigen, die dort nicht weniger als 20 bis 25 Prozent der weltweit verbleibenden Erdöl- und Erdgasressourcen vermuten. Nicht allein die direkten Anrainerstaaten der Arktis melden Ansprüche an. Auch die EU und konkret auch Deutschland wollen dabei sein, wenn es um die Ausbeutung der „Wirtschaftspotenziale“ der Arktis geht. Die lässt sich umso besser realisieren, je mehr Eis schmilzt. Die mehr oder weniger offen geäußerten Ansprüche können – insbesondere in Anbetracht der von der EU und speziell von Deutschland beanspruchten Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz – wahlweise als schizophren oder zynisch gewertet werden. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat es sich zum Ziel gesetzt, die Begehrlichkeiten nach den arktischen Ressourcen einzudämmen. Wir schlagen deshalb vor, einen Arktisvertrag zum Schutz der für das künftige Weltklima möglicherweise entscheidenden Erdregion abzuschließen. In einem ersten Schritt müssen die EU und Deutschland internationale Verhandlungen zum Schutz der Arktis initiieren. Um die Schaffung vollendeter Tatsachen zu verhindern, müssen sie sich zugleich für ein Moratorium einsetzen, mit dem Ziel sämtliche Gebietsansprüche oder sonstigen Ansprüche im Hinblick auf die arktischen Ressourcen bis zu einem endgültigen Schutzabkommen zurückzustellen.

1. Die Arktis – ein einzigartiges und hochsensibles Ökosystem

Die Arktis - das ist das Nordpolarmeer mit 12 Millionen Quadratkilometern, das sind Teile Alaskas, Kanadas, Sibiriens und Lapplands, außerdem die Inseln Spitzbergen, Island und Grönland. Das sind Gletscher mit Millionen von Jahre altem Eis, endlose Schneefelder, Eiswüsten und Tundren. Und es sind lange, dunkle Winter mit heftigen Schneestürmen und kurze, intensive Sommer mit starker Sonneneinstrahlung. Die Arktis – das ist einer der extremsten Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen, den die Erde zu bieten hat.

Zugleich hat sich in der Nordpolregion ein einzigartiges und hoch sensibles Ökosystem mit einer ganz spezifischen Artenvielfalt entwickelt. Die Arktis ist Heimat der Eisbären, von Ringel- und Bartrobben, Walrossen, Polarhasen, -füchsen und -wölfen, von Moschusochsen und großen Karibuherden. Der Reichtum an Vogelarten ist groß, viele Zugvögel kommen im Sommer zum Brüten in die Arktis. Pazifische Ringelgänse, Bläss- und Schneegänse, Odins- und Thorshühnchen, Prachteider-, Eis- und Spießenten, Eissturmvögel, Alpen- und Moorschneehühner, Ger- und Wanderfalken, Küstenseeschwalben und Schneeeulen haben sich an die Bedingungen der Arktis angepasst. Im kalten Nordpolarmeer leben weiße

Belugas, Grönlandwale und Narwale, die „Einhörner“ der Meere. Und Fische, wie die arktische Äsche, der Polardorsch, Seeforellen, Seehasen und Weißlachse.

2. Rasanter Klimawandel in der Arktis

Ausbleibendes oder zu brüchiges Packeis macht den Eisbären das Überleben in der Arktis schwer und irgendwann unmöglich. Aber nicht nur die Eisbären sind gefährdet. Auch die arktischen Meeressäuger sind auf eisbedeckte Meeresflächen angewiesen. Karibuherden schrumpfen. Für einige Gänsearten ist die Grenze ihrer Anpassungsfähigkeit an veränderte Klimabedingungen so gut wie erreicht.¹ Die Arktis insgesamt ist als sensibles Ökosystem, als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen durch den Klimawandel akut bedroht.

Die Erderwärmung in der Arktis erfolgt deutlich schneller als in der übrigen Welt. Die Temperatur ist in den vergangenen 100 Jahren durchschnittlich um 2° C gestiegen, während weltweit der Schnitt bisher bei „nur“ 0,8° C liegt.² Bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird für die Arktis ein durchschnittlicher Temperaturanstieg zwischen 4° und 7° C prognostiziert.³ Im Herbst 2007 erreichten die Temperaturen im hohen Norden eine Rekordmarke, sie lagen um fünf Grad über dem Normalwert – so hoch wie noch nie seit Beginn der Messungen.⁴

Eine maßgebliche Ursache für das besonders rasante Tempo des Klimawandels in der Arktis ist der massive Verlust von Meereis: Der Umfang des Sommerseises in der Arktis betrug 2007 nur noch gut vier Millionen Quadratkilometer und lag damit um 39 Prozent unter dem Durchschnitt der Jahre 1979 - 2000.⁵ 2008 war er mit 4,67 Millionen Quadratkilometern nur geringfügig größer.⁶ Und auch die Eisdicke nimmt ab.⁷ Im April 2009 war die Eisdecke so dünn wie nie zuvor. Mehr als 90 Prozent der Eisfläche sind lediglich ein oder zwei Jahre alt.⁸ Bereits 2040 könnte während der Sommermonate das Eis im Arktischen Ozean völlig verschwunden sein.

Je weniger Eis jedoch auf der Wasseroberfläche schwimmt, desto weniger Sonnenlicht wird ins All reflektiert mit der Folge, dass sich das Wasser und somit auch die Luft noch schneller erhitzen, wodurch wiederum mehr Eis schmilzt. Dieser Rückkopplungseffekt heizt den Klimawandel in der Arktis wortwörtlich weiter an.

Rußpartikel („Black Carbon“) verstärken die Klimaerwärmung, indem sie insbesondere auf der Nordhalbkugel wie eine zusätzliche Heizdecke wirken: Rußpartikel werden mit dem Wind unter anderem aus Europa in die Arktisregion transportiert, dort lagern sie sich auf den Eisflächen ab, bilden einen „Grauschleier“, absorbieren Sonnenlicht und beschleunigen das Abschmelzen des Meereises. Außerdem heizen sich die schwarzen Teilchen im Sonnenlicht auf und erwärmen direkt ihre Umgebung. Und sie beeinflussen die Wolkenbildung

¹ National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA), Arctic Report Card 2008, S. 36 ff.

² Arctic Climate Impact Assessment (ACIA), 2005; PIK, <http://www.pik-potsdam.de/infothek/siebenaussagen-zum-klimawandel>.

³ ACIA, 2005.

⁴ NOAA, Arctic Report Card 2008, S. 2 ff.

⁵ NOAA, Arctic Report Card 2008, S. 7 ff.; National Snow and Ice Data Center (NSIDC), Mitteilung vom 2. Oktober 2008.

⁶ NOAA, Arctic Report Card 2008, S. 7 ff.; NSIDC, Mitteilung vom 2. Oktober 2008.

⁷ Alfred-Wegener-Institut (AWI), Pressemitteilung vom 26. März 2009 m.w.N.

⁸ NSIDC, Mitteilung vom 6. April 2009; NOAA, Arctic Report Card 2008, S. 9 f.

mit der Folge einer weiträumigen Veränderung der Niederschlagsverhältnisse.⁹ Rußpartikel könnten so für 45 Prozent der Erwärmung der Arktis in den vergangenen drei Jahrzehnten verantwortlich sein.¹⁰

3. Schlüsselrolle der Arktis für das Weltklima

Der Arktis kommt eine Schlüsselrolle für das Klimasystem der Erde zu. Ihre besondere Bedeutung für das Weltklima bestreitet ernsthaft niemand mehr. Das Arktiseis wirkt auf das globale Klimasystem wie eine Klimaanlage. Es reflektiert die Strahlung der Sonne, es kühlt die Luft und das Wasser. Der schnelle Rückgang von Meereis, Schneedecke und Permafrostflächen in der Arktis beschleunigt die globale Erwärmung insgesamt.¹¹

Die arktischen Permafrostböden tauen – schneller als erwartet – auf und setzen Methan frei, ein hochpotentes Treibhausgas, 20-mal klimawirksamer als CO₂. In den Permafrostböden sind nach wissenschaftlichen Schätzungen wohl mindestens eine Billion Tonnen Kohlenstoff gespeichert. Diese Menge übertrifft die von der Menschheit bisher durch Verbrennung von Kohle, Gas und Öl freigesetzte Treibhauslast um das Zehnfache.¹² Und in der kalten Tiefe sind bisher große Mengen eines Eis-Methan-Gemisches gebunden. Erwärmt sich das Wasser über einen bestimmten Wert, wird das Methan gasförmig und steigt an die Oberfläche. Sollte es dazu kommen, wird sich die Geschwindigkeit des Klimawandels weltweit drastisch weiter erhöhen.

Die Veränderungen in der Arktis werden sich mit großer Wahrscheinlichkeit auch auf die globale Wind- und Ozeanzirkulation auswirken. Das Abschmelzen des Grönländischen Eisschildes hätte einen schnellen, dramatischen Anstieg des Meeresspiegels zur Folge.¹³ Norddeutschland wäre überflutet. Derzeit schrumpft die Eisdecke Grönlands rapide, 2007 verlor sie bereits ein Volumen von mindestens 100 Kubikkilometern.¹⁴ Bis zum Jahr 2100 könnten vier Millionen Europäer infolge des Klimawandels Opfer von Überschwemmungen werden, Vermögenswerte in Höhe von rund zwei Billionen Euro gingen verloren, ermittelte die Europäische Umweltagentur.¹⁵

4. Energieressourcen, neue Schifffahrtsrouten und Fischfanggründe

20 bis 25 Prozent der unerschlossenen Erdgas- und Erdölreserven der Welt werden in der Arktis vermutet. Nach neuesten Berechnungen der US Geological Survey könnten 90 Milliarden Barrel Erdöl und etwa 50 Billionen Kubikmeter Erdgas in der Arktis liegen, überwiegend im Eismeer in Küstennähe, ein geringerer Teil unter Land.¹⁶ Außerdem sollen unter anderem Diamanten, Gold, Zink, Nickel und Molybdän im arktischen Boden vorhanden sein. Neue Schifffahrtsrouten tun sich auf. Zugleich ergeben sich mit dem Rückgang des Eises neue Fischfanggründe.

⁹ Hansen, NASA Goddard-Institut for Space Studies, Pressemitteilung der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) vom 13. März 2009; Final Report of the Meeting of Senior Arctic Officials, 19-20 November 2008.

¹⁰ Shindell und Faluvegi, NASA Goddard-Institut for Space Studies, in: Nature Geoscience“, April 2009.

¹¹ EU-Kommission, Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat „Die Europäische Union und die Arktis“, KOM (2008) 763 endg. vom 20. November 2008.

¹² Schellhuber, Interview in „Die Zeit“ vom 26. März 2009, S. 17 ff.

¹³ EU-Kommission, Fn. 11.

¹⁴ NOAA, Arctic Report Card 2008, S. 30 ff.

¹⁵ Europäische Umweltagentur, http://reports.eea.europa.eu/eea_report_2008_4/en.

¹⁶ US Geological Survey, Circum-Arctic Ressource Appraisal: Estimates of Undiscovered Oil and Gas North of the Arctic Circle, 2008.

Der Zugang zu den arktischen Ressourcen und Fischgründen wird durch das Schmelzen des Eises erheblich erleichtert bzw. vielfach überhaupt erst ermöglicht. Mit anderen Worten: Je mehr Eis schmilzt, desto besser – will man die Ressourcen in der Arktis ausbeuten, kürzere und damit billigere Schifffahrtswege nutzen und in bisher unzugänglichen Gebieten Fischerei betreiben.

5. Wettlauf um die arktischen Ressourcen

Der Wettlauf um die Ausbeutung der arktischen Ressourcen hat längst begonnen. Russland, Kanada, Norwegen und Dänemark/Grönland haben als arktische Küstenstaaten auf der Grundlage der United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS)¹⁷ jeweils eine „Ausschließliche Wirtschaftszone“ (AWZ) von 200 Seemeilen angemeldet. Außerdem versuchen Russland, Kanada und Dänemark/Grönland derzeit nachzuweisen, dass sich ihre jeweiligen Festlandssockel im Meer über die 200 Seemeilen hinaus fortsetzen. Auf diese Weise wollen sie eine zusätzliche Ausweitung ihres jeweiligen Hoheitsgebietes erreichen. Symbolisch stellte Russland im August 2007 eine russische Flagge auf dem Meeresboden unter dem Nordpol auf. Nach einem Strategiepapier des Kreml soll die Arktis bis 2020 das „wichtigste strategische Rohstofffundament“ Russlands sein, „Polarstreitkräfte“ sollen Russlands Ansprüche auf die Öl- und Gasvorräte in der Arktis notfalls auch militärisch verteidigen. Norwegen hat von der insoweit zuständigen UN-Behörde bereits ein weiteres arktisches Gebiet zu seinen Hoheitsgewässern zugesprochen bekommen. Und erst kürzlich, im Mai 2009, gab Norwegen den Startschuss zur Ölförderung in der ökologisch empfindlichen Arktisregion der Barentsee westlich des Nordkaps.¹⁸

Die USA haben UNCLOS zwar bis heute nicht ratifiziert und konnten folglich keine AWZ anmelden. Das hindert sie aber nicht daran, gleichwohl Ansprüche in der Arktis für sich zu reklamieren. In einer präsidentiellen Sicherheitsdirektive bekräftigte George W. Bush noch kurz vor Ende seiner Amtszeit „die vielfältigen und zwingenden Interessen“ der USA in der Arktis unter anderem mit Blick auf die Sicherheitspolitik und die wirtschaftliche Nutzung der Erdölvorkommen. Die neue US-Regierung hat diese Direktive bislang nicht zurückgenommen oder geändert.¹⁹ Und auch China meldet neuerdings Interesse an der Arktis an.²⁰

Im Frühjahr 2008 diskutierten die „A5“, also Russland, Kanada, die USA, Norwegen und Dänemark/Grönland auf Einladung der dänischen Regierung in Ilulissat (Grönland) über Strategien, wie auf die arktischen Ressourcen zugegriffen werden könne. In ihrer Abschlusserklärung heißt es vage, dass der Klimawandel und das Schmelzen des Polareises „potenzielle Auswirkungen“ auf gefährdete Ökosysteme, die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung und auf die mögliche Ausbeutung von Naturressourcen haben. Der dänische Gastgeber Per Stig Moller wurde deutlicher: *„Wenn wir an die Bodenschätze dort unter dem Meeresboden denken und an den derzeitigen Ölpreis, dann wissen wir, dass hier unglaublich viel Geld auf dem Spiel steht.“*²¹

¹⁷ UNCLOS, das UN-Seerechtsübereinkommen, wurde 1982 verabschiedet und trat 1994 in Kraft.

¹⁸ Siehe etwa taz vom 11. Mai 2009, S. 9.

¹⁹ US-Außenministerin Clinton rief zwar auf der internationalen Konferenz zum Schutz von Arktis und Antarktis am 6. April 2009 in Baltimore zum Schutz der Polarregionen auf, betonte aber zugleich die Erschließung neuer Wasserwege und Bodenschätze.

²⁰ China hat im Arktischen Rat einen Beobachterstatus beantragt.

²¹ Zitiert nach „Der Spiegel“ 23/2008 vom 2. Juni 2008, S. 108.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass auf der Ilulissat-Konferenz überhaupt nur ein einziger Arktisbewohner traditioneller Herkunft gehört wurde. Ebenso wenig überrascht es, dass Schweden, Finnland und Island nicht nach Ilulissat eingeladen waren. Diese drei Länder sind neben den „A5“ zwar Mitglieder im Arktischen Rat, dem Forum, in dem die arktischen Staaten üblicherweise zusammen kommen. Doch der Arktische Rat hat sich seit seiner Gründung Ende der 1990er Jahre zum Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit zwischen den arktischen Staaten vor allem bei der nachhaltigen Entwicklung der Arktis und im Umweltschutz zu stärken. Um Ressourcenausbeutung geht es in diesem Gremium weniger. Auf der Konferenz des Arktischen Rates in Tromsø Anfang Mai 2009 wurde denn auch die Notwendigkeit betont, die Erderwärmung und das Schmelzen des Polareises zu stoppen. Allerdings: am zweiten Konferenztag ging es Russland, den USA, Kanada, Norwegen und Dänemark dann vor allem darum, bei der Ausbeutung der Ressourcen der Arktis unter sich zu bleiben und sich dabei möglichst nicht gegenseitig in die Quere zu kommen.

6. Anpassung des Rechts an neue Erkenntnisse

Sicherlich ist es richtig, dass UNCLOS den Vertragsstaaten grundsätzlich die Einrichtung von AWZ zugesteht. Ebenso sieht UNCLOS grundsätzlich die nun von den Arktisanrainern angestrebte Erweiterungsmöglichkeit über 200 Seemeilen hinaus vor. Beides beinhaltet nach UNCLOS exklusive Nutzungsrechte für die jeweiligen Gebiete. Indes: Als UNCLOS 1982 verabschiedet wurde, hat man schlichtweg nicht an die Ausbeutung der Arktis gedacht. Denn seinerzeit wurde nicht erwartet und konnte auf der Grundlage des damaligen Wissens wohl auch nicht erwartet werden, dass in der Arktis in absehbarer Zeit Schifffahrtsrouten und ein kommerziell nutzbarer Raum entstehen würden. Diese Situation hat sich grundlegend geändert. Grundlegend sind auch die seit 1982 gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel und die Bedeutung der Arktis für das Klimasystem der Erde insgesamt.

Ändern sich jedoch die äußeren Umstände oder gibt es derart gravierende neue Erkenntnisse wie in diesem Fall, müssen existierende rechtliche Regelungen daran angepasst werden. Recht ist nicht statisch und darf es auch nicht sein. Das gilt auch für internationale Verträge. Über ein Schutzregime für die Arktis soll gleichwohl nicht diskutiert werden. In der Ilulissat-Erklärung der „A5“ heißt es vielmehr: *„Wir sehen keine Notwendigkeit, ein neues umfassendes internationales Rechtsregime zu schaffen, um den Arktischen Ozean zu verwalten.“* UNCLOS sei, so die „A5“, das maßgebliche Instrument. Diese Auffassung wurde auf der Konferenz in Tromsø Anfang Mai 2009 erneut bekräftigt.

Die Bestimmungen von UNCLOS sind indes allgemein und auslegungsfähig. Und mit Ausnahme einer Vorschrift über eisbedeckte Gebiete sind sie arktisunspezifisch.²² So ist zweifelsohne zu begrüßen, dass die UNCLOS-Vertragsstaaten nach Art. 192 der Konvention verpflichtet sind, die Meeresumwelt zu schützen und zu bewahren. Konkrete Handlungspflichten folgen daraus jedoch offensichtlich nicht. Es ist auch nicht ersichtlich, dass Russland, Kanada, Norwegen und Dänemark/Grönland zumindest von der in Art. 234 UNCLOS vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch machen und eine Sondergesetzgebung zum Schutz der (noch) eisbedeckten Wasserflächen innerhalb ihrer AWZ durchsetzen wollen. Ambitionen der arktischen Küstenstaaten, nach Art. 211 Abs. 6 UNCLOS bei der insoweit zuständigen internationalen Schifffahrtsorganisation (International Maritime Organisation, IMO) die Ausweisung des arktischen Ozeans als „besonders empfindliches Meeresgebiet“

²² So auch Gloser, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, auf der Konferenz des Auswärtigen Amtes „Neue Chancen und Verantwortlichkeiten in der Arktis“ am 11.-13. März 2009 in Berlin.

(Particularly Sensitive Sea Area) und damit zumindest besondere gebietsbezogene Schutzmaßnahmen zur Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe zu beantragen, sind ebenfalls nicht erkennbar.

7. Die Arktispolitik der EU und Deutschlands: Teilhabe an der Ausbeutung statt Schutz

Von der EU und ihren Mitgliedstaaten gingen in der Vergangenheit unstrittig wichtige Rege-lungsanstöße, Verhandlungsinitiativen und Technologieinnovationen für den Klimaschutz auf europäischer und internationaler Ebene aus. Die EU betont deshalb zu Recht ihre bis-herige Vorreiterrolle im Klimaschutz. Aus der beschriebenen Situation und dem sich an-bahnenden Run auf die fossilen Arktisressourcen, ergäbe sich für die EU die Chance, an vergangene Initiativen anzuknüpfen und nun internationale Verhandlungen zum Schutz der Arktis anzustoßen. Des Weiteren entspräche es ihrer Vorreiterrolle, unmittelbar und euro-paweit Maßnahmen zum Arktis-Schutz zu ergreifen. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Zwar hebt die EU die Schlüsselrolle der Nordpolregion für das Weltklima und die Notwen-digkeit ihres Schutzes hervor. Hochrangige Politiker lassen sich im Zeichen des Klima-schutzes medienwirksam vor grönländischen Gletschern fotografieren.²³ Und EU-weit möchte man den Import von Robbenprodukten verbieten.

Der Teilnahme am Rennen um die Ausbeutung der arktischen Ressourcen, um die Er-schließung neuer Schifffahrtsrouten und Fischfanggründe tut das jedoch keinen Abbruch. Man will dabei sein, auch ohne direkten Anrainerstatus.

Die Ausbeutung der arktischen Ressourcen würde jede Maßnahme zum Schutz der Arktis und die Anerkennung ihrer Schlüsselrolle für das Klimasystem der Erde konterkarieren. Das eine steht ganz offensichtlich im Widerspruch zum anderen. Denn Schutz der Arktis aus der Perspektive des Klimaschutzes heißt, eine weitere Beschleunigung des Klimawan-dels in der Arktis zu vermeiden und stattdessen den Schalter auf Entschleunigung zu legen. Das wiederum würde bedeuten, Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere ein weiteres Abschmelzen des arktischen Meereises zu verhindern oder es zumindest zu verlangsamen. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass Ressourcenausbeutung, Schifffahrt und Fi-scherei in der Arktis überhaupt erst infolge des Rückgangs des Meereises denkbar und möglich geworden sind.

Das gilt übrigens und selbstverständlich auch für eine potenziell nachhaltige Form der Res-sourcenausbeutung – unabhängig von der Frage, ob und wie eine solche Nachhaltigkeit in der sensiblen arktischen Meeresumwelt mit ihren verlangsamten chemischen Umsetzungs-prozessen überhaupt realisiert werden könnte. Denn: Entscheidet man sich grundsätzlich für die Ausbeutung der arktischen Ressourcen, wird diese mit jedem Quadratmeter Eis, das verloren geht, lukrativer. Die biologische Vielfalt der Arktis wäre allerdings infolge der Aus-beutung der Ressourcen direkt und zusätzlich massiv gefährdet. Die Verbrennung des in der Arktis geförderten Öls und Erdgases würde den Klimawandel in der Arktis und weltweit weiter anheizen.

²³ Wie z.B. Bundeskanzlerin Merkel, Bundesumweltminister Gabriel.

Zur Arktispolitik der EU im Einzelnen:

a) *Das außenpolitische Papier „Klimawandel und internationale Sicherheit“*

Unter der Überschrift „Klimawandel und internationale Sicherheit“ beschreiben der Hohe Vertreter und die EU-Kommission im März 2008 eindrücklich die massiven Auswirkungen des Klimawandels und fordern eine multilaterale Führungsrolle der EU bei der Förderung einer globalen Klimasicherheit.²⁴ Ein Temperaturanstieg von 2° C werde ernsthafte Sicherheitsrisiken mit sich bringen, die sich bei anhaltender Erwärmung noch verstärken würden. Eine ungebremsste Klimaerwärmung über 2° C hinaus werde, so der Hohe Vertreter und die EU-Kommission, zu bislang nicht gekannten Sicherheitsszenarien führen. Gleich mehrere so genannte Kipp-Punkte gerieten in Sichtweite und mit ihnen weiter beschleunigte, unumkehrbare und weitgehend unvorhersehbare Klimaveränderungen neuer Dimension. Auch und gerade im Ringen um Energieressourcen in der Polarregion, die erst infolge der globalen Erwärmung nutzbar werden, liege ein potenzieller Konflikt.

Die Schlussfolgerung, die der Hohe Vertreter und die EU-Kommission aus diesen bedrohlichen Erkenntnissen ziehen, ist jedoch weder die Initiierung eines internationalen Schutzregimes für die Arktis noch das Ergreifen von Schutzmaßnahmen auf europäischer Ebene. Stattdessen heißt es:

„Das rapide Abschmelzen der Poleiskappen, das sich vor allem in der Arktis vollzieht, eröffnet neue Wasserwege und internationale Handelsrouten. Außerdem verändert die erhöhte Zugänglichkeit der enormen Kohlenwasserstoffressourcen in der Arktis die geostrategische Dynamik dieser Region ... Es wird zunehmend notwendig sich mit der an Breite gewinnenden Diskussion über Gebietsansprüche und den Zugang zu neuen Handelsrouten seitens verschiedener Länder, die die Fähigkeit Europas, seine Handels- und Ressourceninteressen in der Region wirksam zu sichern, in Frage stellen ... könnten, zu befassen.“

Und konkret als Maßnahmen werden benannt:

„Entwicklung einer Politik in der EU für die Arktis, die auf der entstehenden Geostrategie der Arktisregion aufbaut, wobei unter anderem der Ressourcenzugang und die Öffnung neuer Handelsrouten zu berücksichtigen sind.“

Erkennbar wird eine EU-Arktispolitik, die sich reduziert auf die Ausbeutung von Energieressourcen und die Sicherung von Transportwegen.

b) *Die Mitteilung „Die Europäische Union und die Arktis“*

Im November 2008 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Mitteilung „Die Europäische Union und die Arktis“²⁵ – erarbeitet von der Generaldirektion für Fischerei und Maritime Angelegenheiten, vorgestellt von Fischereikommissar Borg sowie Außenkommissarin Ferrero-Waldner. Zuvor hatte das Europäische Parlament die EU-Kommission ausdrücklich aufgefordert, die Eröffnung internationaler Verhandlungen über die Formulierung und Verab-

²⁴ Klimawandel und Internationale Sicherheit, Papier des Hohen Vertreters und der Europäischen Kommission für den Europäischen Rat vom 14. März 2008, S113/08.

²⁵ EU-Kommission, KOM (2008) 763 endg. vom 20. November 2008.

scheidung eines internationalen Vertrages über den Schutz der Arktis nach dem Vorbild des Antarktisvertrages vorzubereiten.²⁶

Die EU-Kommission benennt in ihrer Mitteilung durchaus die Verhinderung und Milderung der negativen Auswirkungen des Klimawandels als eines der wichtigsten Ziele beim Schutz der Arktis. Im selben Atemzug erteilt sie jedoch der Forderung des Europäischen Parlaments nach einem arktisspezifischen Schutzregime eine klare Absage: *„Anstelle von Vorschlägen für neue Übereinkommen sollte die volle Anwendung bereits bestehender Verpflichtungen vertreten werden.“*²⁷

Zwar soll die Arktis, so die EU-Kommission, im Einvernehmen mit der einheimischen Bevölkerung geschützt und erhalten werden. Vorgeschlagen werden dafür indes Maßnahmen, mit denen sich dieses Ziel offensichtlich nicht erreichen lässt. An erster Stelle wird etwa die „Beurteilung der Wirksamkeit der politischen Konzepte der EU sowie der multilateralen Umweltübereinkommen bei der Bewältigung der Umweltproblematik in der Arktis“ genannt. Arktisspezifische Pflichten gibt es aber – siehe oben – überhaupt nicht. Und das rasante Tempo des Klimawandels in der Arktis zeigt eindrücklich, dass vorhandene Konzepte und Übereinkommen offensichtlich und bei Weitem zum Schutz der Arktis nicht ausreichend sind. Gegen den weiteren Vorschlag der EU-Kommission einer „Verstärkung der internationalen Bemühungen zur Abmilderung des Klimawandels und zur Bestimmung von Bereichen, in denen die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels unterstützt werden muss“, lässt sich nichts einwenden. Doch mit welchen Maßnahmen konkret soll das denn verwirklicht werden? Ebenso ist zwar die angestrebte „Förderung des ständigen Dialogs mit NGOs über den Umweltzustand der Arktis“ begrüßenswert. Aber auch der beste Dialog kann die Arktis nicht retten. Auch nach Vorschlägen zur Reduktion von Black Carbon-Einträgen aus Europa in die Arktis sucht man vergebens, obwohl in der Mitteilung an anderer Stelle die besondere Bedeutung des Ferntransports von Schadstoffen für die Arktis zutreffend unterstrichen wird. Und obwohl gerade die Reduktion von Black Carbon-Emissionen kurzfristig zu einer Verlangsamung des Klimawandels in der Arktis beitragen und mithin einen Zeitgewinn im Kampf gegen die globale Erwärmung insgesamt bedeuten kann.²⁸

„Verständlich“ werden diese Defizite, wenn es unter der Überschrift „Förderung der nachhaltigen Ressourcennutzung“ in der Mitteilung der EU-Kommission heißt:

„Die Arktis verfügt über umfangreiche unerschlossene Kohlenwasserstoffreserven. Die bekannten Offshore-Reserven der Arktis befinden sich innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone der Arktis-Anrainer. Die Ressourcen der Arktis könnten dazu beitragen, die Energieversorgungssicherheit und die allgemeine Rohstoffversorgungssicherheit in der EU zu verbessern.“

Als Maßnahme wird insoweit unter anderem vorgeschlagen: „Engagement zur Festigung der Grundlagen für eine langfristige Zusammenarbeit insbesondere mit Norwegen und der Russischen Föderation, um die nachhaltige, umweltverträgliche Exploration, Förderung und Beförderung der Kohlenwasserstoffressourcen der Arktis zu erleichtern. Wie in anderen Bereichen gelten die Grundsätze der gleichen Ausgangsbedingungen und des gegenseitigen Marktzugangs.“

²⁶ Entschließungsantrag vom 1. Oktober 2008, B6-0526/2008.

²⁷ EU-Kommission, Fn. 25.

²⁸ Hansen, NASA Goddard-Institut für Weltraumstudien, Pressemitteilung der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) vom 13. März 2009; Final Report of the Meeting of Senior Arctic Officials, 19-20 November 2008.

Und ebenfalls unter der Überschrift „Förderung der nachhaltigen Ressourcennutzung“ tritt die EU-Kommission für eine nachhaltige Befischung der Bestände der Arktis ein. Als Maßnahme schlägt sie vor: *„Schaffung eines Rechtsrahmens für den Teil der Hochseegewässer der Arktis, für die es bisher noch keine internationalen Regelungen zur Erhaltung und Bewirtschaftung gibt, und zwar bevor sich neue Fangmöglichkeiten ergeben. Dadurch wird verhindert, dass sich Fischerei in einem rechtsfreien Raum entwickelt, und gewährleistet, dass eine faire, transparente Fischbewirtschaftung im Einklang mit dem Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Fischerei stattfindet.“*

Das hört sich gut an. Doch bekanntlich hat gerade die Fischereipolitik der EU zu einer massiven Bedrohung vieler Fischbestände in Nord- und Ostsee und im Mittelmeer geführt. Der EU gelingt bis heute nicht, in ihren eigenen Gewässern wissenschaftlich gebotene Fangquoten und Fangverbote für besonders gefährdete Fischarten festzulegen.²⁹ Wegen Überfischung der EU-Meere weicht bereits ein Teil der europäischen Fischereiflotte nach Westafrika aus mit der Folge, dass dort Existenzen einheimischer Fischer gefährdet werden und die Küstenbewohner Westafrikas nicht mehr genug zu essen haben.³⁰ Dass die EU sich vor diesem Hintergrund zum Garanten für eine nachhaltige Fischerei, für eine langfristige Erhaltung und optimale Bewirtschaftung der Fischbestände in der Arktis aufschwingen will, ist, gelinde gesagt, erstaunlich.

c) Lob aus Deutschland für EU-Vorstoß

Der Rat der Europäischen Union hat die Mitteilung der EU-Kommission im Dezember 2008 ausdrücklich begrüßt.³¹ Auch in Deutschland wurde der EU-Vorstoß vom November 2008 gelobt. Der beamtete Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Jochen Homann, erklärte nach Veröffentlichung der Mitteilung „Die Europäische Union und die Arktis“ im November 2008:

„Es sei wichtig, dass Europa neben dem Schutz der Arktis als Lebensraum auch die Wirtschaftspotenziale dieses Gebietes anerkenne. Die Arktis mit ihren gewaltigen Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie Bodenschätzen könne einen zentralen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit für Europa liefern.“³²

Und der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hatte vom 11. bis 13. März 2009 zu einer Arktis-Konferenz nach Berlin geladen. Veranstaltet wurde die Konferenz zusammen mit den Außenministerien Dänemarks und Norwegens. Seitens der EU war der Kommissar für Fischerei und Maritime Angelegenheiten, nicht etwa der Umweltkommissar anwesend. Außerdem sollten Arktisbewohner auf dieser Konferenz besser nicht zu Wort kommen. Erst nach Protesten durfte schließlich einer von ihnen reden.

²⁹ Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen, Meeresumweltschutz für Nord- und Ostsee, Sondergutachten 2004, S. 44 ff.

³⁰ Siehe aktuell FAZ vom 6. April 2009, „Vor der Nase weggefischt“.

³¹ Conclusions du Conseil sur l'Union européenne et la région arctique, 2914^{ème} session du Conseil AF-FAIRES GENERALES, le 8 décembre 2008.

³² Zitiert nach FinanzNachrichten.de vom 20. November 2008, www.finanznachrichten.de/print.asp?id=12434193.

8. Arktisvertrag - Gebot ernsthafter Klimapolitik

1959 wurde in Washington D.C. der Antarktisvertrag unterzeichnet, 1961 trat er in Kraft. In eindrucksvoller Weise hat sich die Staatengemeinschaft in diesem Vertrag darauf verständigt, die Antarktis allein für friedliche Zwecke zu nutzen und ihr ökologisches Gleichgewicht zu wahren. Auch in der Antarktis werden reiche Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie Bodenschätze vermutet; von mehreren Staaten waren deshalb Gebietsansprüche angemeldet worden. Gleichwohl ist es gelungen, die Ausbeutung der Antarktis zu verhindern. Die Staatengemeinschaft hat seinerzeit die erheblichen negativen Auswirkungen der Ausbeutung der Rohstoffe auf die sensible antarktische Umwelt erkannt und entsprechend dieses Erkenntnis gehandelt. Diejenigen Staaten, die Ansprüche oder Anspruchsvorbehalte in der Antarktis hatten, einigten sich, ihre Gebietsansprüche ruhen zu lassen und auf die wirtschaftliche oder militärische Nutzung zu verzichten.

1991 wurde der Antarktisvertrag durch ein Umweltschutzprotokoll ergänzt. Das Protokoll ist beispielhaft für die internationale Zusammenarbeit im Umweltschutz. Es umfasst materielle und Verfahrensregeln für umweltgerechtes Verhalten und enthält ein Verbot jeglicher Bergbauaktivitäten. Die Bestimmungen könnten frühestens nach 50 Jahren, also 2041, auf eine Revisionskonferenz zum Antarktisvertrag aufgehoben werden.

Die Parallelen von 1959 zur gegenwärtigen Situation in der Arktis sind offensichtlich. Hinzu gekommen sind grundlegende Erkenntnisse über den rasanten Klimawandel in der Arktis und die Bedeutung der Arktis für das Klimasystem der Erde. Hinzu gekommen ist außerdem eine EU, die als internationale Verhandlungspartnerin Macht und Einfluss hat. Erst Recht, so sollte man meinen, würde daher nun mit Nachdruck auf die Etablierung eines dem Antarktisvertrag entsprechenden internationalen Schutzregimes für die Arktis hingearbeitet werden. Doch das Gegenteil ist der Fall – siehe oben. Je dringender und offensichtlicher die Notwendigkeit zum Handeln ist, desto hartnäckiger scheint die Politik sich dieses Erkenntnis zu verschließen.

Statt internationale Verhandlungen zum Schutz der Arktis zu initiieren, will die EU an der Ausbeutung der dort vermuteten Erdöl- und Erdgasreserven teilhaben. Statt durch eine Entschleunigung des Klimawandels in der Arktis auf den globalen Klimawandel einzuwirken, will die EU bei der Gewinnung fossiler Energieträger dabei sein und damit eine Energieversorgung in die Zukunft verlängern, die für die globale Erwärmung verantwortlich ist. Das ist wahlweise schizophren oder zynisch. Mit der Betonung der Nachhaltigkeit einer Ausbeutung der arktischen Ressourcen versucht man entweder sich selbst oder der Öffentlichkeit etwas vorzumachen.

Die Vorbereitung von Verhandlungen für einen Arktisvertrag in Anlehnung an den Antarktisvertrag ist ein Gebot wirksamen Klimaschutzes. Handeln die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht in diesem Sinne, wird ihre Vorreiterrolle im Klimaschutz zur Farce. Für die etablierten Öl- und Gasexporteure wäre es ein Leichtes, mit der Ausbeutung ihrer fossilen Rohstoffe unter Hinweis auf die Arktis-Ambitionen der EU ungebremst fortzufahren.

Das Europäische Parlament hat sich aktuell in einem Entschließungsantrag vom 25. März 2009 erneut für die Aufnahme internationaler Verhandlungen über ein internationales Übereinkommen zum Schutz der Arktis ausgesprochen und nunmehr auch den Rat aufgefordert, entsprechend tätig zu werden.³³ Die EU-Kommission und der Europäische Rat und

³³ Europäisches Parlament, Entschließungsantrag B6-0163/2009.

damit die Mitgliedstaaten stehen in der Verantwortung. Meinen sie es ernst mit dem Klimaschutz, müssen sie umgehend und mit Nachdruck internationale Verhandlungen für die Etablierung eines Regimes zum Schutz der Arktis initiieren. Um die Schaffung vollendeter Tatsachen zu verhindern, müssen sie sich ebenso nachdrücklich und unverzüglich für ein Moratorium einsetzen, mit dem Ziel sämtliche Gebietsansprüche oder sonstigen Ansprüche im Hinblick auf die arktischen Ressourcen bis zu einem endgültigen Schutzabkommen zurückzustellen.

Der Umgang mit der Arktis wird zum Lackmustest für die Glaubwürdigkeit der Klimapolitik Deutschlands und der EU.

Berlin, 02. Juni 2009

Autorin:
Dr. Cornelia Ziehm
Leiterin Klimaschutz und Energiewende
Deutsche Umwelthilfe